

Ver.di Aktionswoche: Gute Löhne-Gute Rente!

20. Juni 2017

Fast die Hälfte der Arbeitnehmer_Innen in Mönchengladbach, Krefeld/Viersen und dem Rhein-Kreis Neuss von Altersarmut bedroht

Telefon: 02151-8167-0

Telefax: 02151-816723

40% Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Düsseldorf (u. auch der Rhein-Kreis Neuss/Mönchengladbach/Krefeld/Viersen) beziehen ein Bruttoeinkommen von unter 2.500 Euro. Bundesweit sind es 44 Prozent. Das geht aus einer Datenauswertung des Eduard Pestel Instituts für Systemforschung im Auftrag der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hervor. Rechnet man zu den Gesamtzahlen auch noch die 190.000 Minijobber in der Region Düsseldorf hinzu, verdienen rund 46% Prozent aller Beschäftigten weniger als 2.500 Euro brutto. Darunter fallen auch alle diejenigen, die nicht mehr als den gesetzlichen Mindestlohn und damit nur 1.450 Euro brutto im Monat verdienen. Sie erzielen damit keinen eigenen Rentenanspruch oberhalb der Grundsicherung. „Vor allem der wachsende Niedriglohnsektor hat eine negative Wirkung auf das Lohnniveau und folglich auf die Rentenerwartung“, sagte Dominik Kofent, Bezirksgeschäftsführer im ver.di Bezirk Linker Niederrhein .

Bei einem bereits heute umgesetzten Rentenniveau von nur noch 43 Prozent, das 2030 gesetzlich droht, würden weite Teile der Verdienstgruppe unterhalb von 2.500 Euro bei der Rente auf oder nah an das Grundsicherungsniveau kommen, trotz 45 Beitragsjahren. „Diese Rentenerwartungen sind armutsgefährdend für weite Teile der Bevölkerung, auch der Mittelschichten. Diejenigen, die nur auf 40 oder gar 30 Beitragsjahre kommen, und das sind wegen der Erziehungszeiten vor allem Frauen, rutschen definitiv auf Hartz-IV-Niveau“, warnt Dominik Kofent.

In der Region Düsseldorf bedeutet das für Rentnerinnen und Rentner im Jahr 2030 nach beispielsweise 40 Beitragsjahren, dass 337Tsd. Menschen (oder 21,9% der Rentenbezieher) mit unter 600€ Rente rechnen müssen. Auf 39% steigt die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die unter 800€ beziehen werden und 18,1% kommen dann aus der Gruppe 800 bis 1000€ hinzu. Nur eine Minderheit von ca. 17,8% der Rentnerinnen und Rentner kann 2030 nach heutigem Wert mit einer Rente von 1500€ und mehr rechnen.

Aus den bundesweit ermittelten Zahlen geht hervor, dass 62 Prozent der Frauen im Westen und 68 Prozent der Frauen im Osten weniger als 27.500 Euro im Jahr verdienen und damit, auch wenn sie 45 Jahre lang einzahlen, nah an oder unter die Grundsicherungsgrenze rutschen würden. „Da droht millionenfache Altersarmut, wenn es keinen Kurswechsel in der Rentenpolitik gibt“, so der Vorwurf des Gewerkschafters. Dass eine andere Politik möglich sei, zeige ein Blick über die Grenze: Österreich habe in den 2000er Jahren die Teilprivatisierung der Rente nicht mitgemacht.

PRESSEINFORMATION

Bezirksgeschäftsführer

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

„Statt die Bevölkerung zum Riestern aufzufordern, hat die österreichische Politik die gesetzliche Rente ausgebaut“, sagt Kofent. Das Ergebnis: Die gesetzliche Rente ist im Durchschnitt über 500 Euro höher als in Deutschland. „Eine andere Rentenpolitik ist möglich. Auch bei uns. Es braucht aber den politischen Willen dazu“.

**ver.di Bezirk Linker
Niederrhein**

Während SPD, GRÜNE und Linke Änderungen des Rentenkurses vorsähen, gehe die Union mit einem „Weiter so!“ in die neue Legislaturperiode. „Die Union nimmt damit billigend in Kauf, dass das Rentenniveau auf 43 Prozent sinkt, bei freiem Fall nach 2030“, so Kofent weiter. „Das ist verantwortungslos! Mit einem „Weiter so!“ in der Rentenpolitik droht eine Delegitimierung des gesetzlichen Rentensystems. Deshalb brauchen wir einen Kurswechsel“.

Nötig seien die Stabilisierung der Rente auf dem jetzigen Niveau von 48 Prozent und eine schrittweise Anhebung auf etwa 50 Prozent. Wer nicht wolle, dass das Rentensystem zerbreche, müsse zudem den Bundeszuschuss in die Rentenkasse erhöhen und die Tarifbindung in Deutschland stärken. „Langfristig führen nur auskömmliche Löhne zu auskömmlichen Renten. Deshalb muss der Gesetzgeber dafür sorgen, dass die Tariffucht der letzten Jahre aufhört. Sie darf sich für Unternehmen nicht mehr rechnen“, forderte Kofent.

Für weitere Informationen:

Politischer Art:

Dominik Kofent Bezirksgeschäftsführer Linker Niederrhein

Andrea Grieco Projektbegleitender Sekretär

Zur Erhebung des Pestel Institut

Herr Dipl.-Ökonom Matthias Günther 05119909420

Internetadresse:
www.verdi-lnr.de
E-Mail:

V. i. S. d. P.
ver.di Bezirk Linker Nie-
derrhein, Virchowstraße